

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 546 pbon d

Inhalt

Annemarie Renger MdB, stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, unterstreicht, daß Kernenergie Bestandteil der zweiten Industriellen Revolution in Südamerika ist: Keine Billigung unmenschlicher Verfolgung.

Seite 1-3

Horst Seefeld MdB/MdEP setzt sich für freien Urlaubs- und Reiseverkehr innerhalb der EG ein: Weg mit den Grenzkontrollen!

Seite 4

Wolfgang Schmidt MdB erläutert die Änderungen des Luftverkehrsgesetzes: Gegen Terroristen und Kriminelle.

Seite 5

Dokumentation

Die Junge Union Siegburg über die Beziehungen des Kanzlerkandidaten Strauß, seines Freundes Löwenthal und anderer zu chilenischen Menschenrechtsverletzern: Die Freunde von Dignidad.

Seite 6-9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godseberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 108

10. Juni 1980

Keine Billigung unmenschlicher Verfolgungen

Kernenergie ist Bestandteil der zweiten industriellen Revolution in Südamerika

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin und stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Der Besuch des brasilianischen Außenministers Guerreiro und des argentinischen Wirtschaftsministers Martinez de Hoz hat den Streit belebt, ob die Kernkraftwerke, die die deutsche Industrie mit Bürgschaft der Bundesregierung in beide Länder liefert, für die dortige Entwicklung notwendig und nützlich sind. Die Kritik, die von deutscher politischer Seite geübt wird, ist vielschichtig. Sie artikuliert das eigene Unbehagen an der Kernkraft und kröpft insoweit an die Diskussion über die Grenzen des Wachstums und die Gefahren der "Plutoniumwirtschaft" mit den fließenden Übergängen zwischen der friedlichen Nutzung des Atoms und seinen verheerenden kriegerischen Möglichkeiten an. Sie stellt sodann die entwicklungspolitische Frage, ob hochentwickelte Techniken, deren Handhabung Spezialisten überlassen werden muß, Ländern der Dritten Welt mehr zum eigenen, als zu deren Nutzen oktroyiert werden sollen. Diese Länder hätten im Zweifel kein ausgebildetes Personal, könnten also keine Arbeitsplätze gewinnen, so daß die Anlagen für sie ein Fremdkörper bleiben müßten. Schließlich frage sich, ob die Länder, die diese Anlagen erhalten, diktatorisch regiert würden und durch die Tatsache, daß das Militär die Herrschaft ausübt, eine besondere Affinität zu militärischem Prestige und militärischer Nutzung entwickeln könnten. Diese Problematik wird in Brasilien seit der demokratischen Öffnung des Landes - die Atomverträge wurden unter der Diktatur des Staatspräsidenten Geisel geschlossen - ebenfalls diskutiert, in Argentinien wegen der allgemeinen politischen Bedingungen kaum. Hier ist aber auch bedeutsam, daß die Kerntechnologie auf eine längere Tradition zurückblicken kann und von argentinischen Fachkräften angewandt wird.

Die Delegation des Deutschen Bundestages, die im Oktober vergangenen Jahres Brasilien besucht hat, hat die Probleme des deutsch-brasilianischen Atomgeschäfts angesprochen und von allen politisch Verantwortlichen die Auskunft erhalten, daß das Interesse an der Ausführung der Verträge fortbestehe,



und zwar trotz finanziell oder technisch bedingter Verzögerungen und Einschränkungen des anfänglich überdimensionalen Volumens. Außenminister Guerreiro hat dies, als er - auch das ein Zeichen der Demokratisierung - bei seinem Aufenthalt in Bonn den Deutschen Bundestag besuchte, ausdrücklich bekräftigt. Er hat darauf hingewiesen, daß Brasilien zu seiner Entwicklung auf jede neue Energiequelle angewiesen sei. Auf Dauer seien die damit verbundenen finanziellen Belastungen erträglicher und besser angelegt, als die gegenwärtigen Kosten der importierten Energie. Das gelte für die Nutzung der Wasserkraft durch den neuen Elektroverbund mit Argentinien und Paraguay am Rio Uruguay sowie die gemeinsame Entwicklungsplanung acht lateinamerikanischer Staaten auf der Grundlage des Amazonien-Paktes 1978 ebenso wie für die Nutzung der Kernenergie. Beide Energiequellen seien lebenswichtig und dürften nicht als einander ausschließende Alternative gesehen werden. Dabei kann dahinstehen, ob Brasilien gegenwärtig wie die Bundesrepublik Deutschland selbst sich zur Hauptsache die Option Kernenergie offenhalten will oder ob in Zukunft Atomstrom einen wesentlichen Anteil an der Energieversorgung erlangen soll. Die Kernenergie ist Bestandteil der zweiten industriellen Revolution, die sich gegenwärtig in den Schwellenländern des lateinamerikanischen Kontinents vollzieht.

Die Bundesregierung handelt entwicklungspolitisch richtig, wenn sie - wie in der Vergangenheit - auch jetzt den Wunsch Brasiliens und Argentiniens zum Maßstab ihrer eigenen Entscheidung nimmt und den Transfer der Kerntechnologie fördert. Mit Recht hat die Nord-Süd-Kommission unter dem Vorsitz Willy Brandts festgestellt, daß die Kernenergie bei aller berechtigten Besorgnis eine wichtige alternative Energiequelle auch für die Dritte Welt sei und daß nur "Die Entwicklungsländer selbst entscheiden können, welche Maschinen und Systeme ihren einheimischen Bedürfnissen entsprechen werden." Dabei darf im Grundsatz - Ausnahmen in besonders drastischen Fällen müssen möglich sein - die jeweilige Regierungsform nicht ausschlaggebend sein, weil die Bundesrepublik Deutschland aus Respekt vor der nationalen Unabhängigkeit, die für die Länder der Dritten Welt das höchste Gut darstellt, ihre Entwicklungshilfe, zu der die Absicherung des Technologietransfers mit Staatsbürgschaften gehört, an keine Bedingungen knüpft.

Eine Billigung unmenschlicher Verfolgungen bedeutet das nicht. Die Proteste dagegen dürfen sich aber nicht wirtschaftlicher Methoden bedienen, weil sonst der von der Opposition erst jetzt wieder geforderten "machtpolitischen Orientierung der Entwicklungspolitik" Tür und Tor geöffnet wird. Mir erscheint es als ein Irrtum anzunehmen, daß Kerntechnologietransfer Diktaturen stabilisiert. Gerade die akute Krisenstimmung in Brasilien wegen einer verfahrenen Wirtschaftslage mit einer Inflationsrate von über 80 Prozent, einer Auslandsverschuldung von 50 Milliarden Dollar, zwei Millionen Arbeitslosen und Massenstreiks in Sao Paulo ist unmittelbar Ausfluß der Energiekrise des Landes. Brasilien ist zu 80 Prozent seiner Energieversorgung vom Öl abhängig und gibt 41 Prozent seines gesamten Exporterlöses für den Import von Öl aus. Letztlich gefährdet die zu knappe Energie die demokratischen Fortschritte des Landes, so daß umgekehrt jede neue eigene Energiequelle der Stabilisierung und dem demokratischen Prozeß nützt.

Wir erleben darüber hinaus, daß die Großtechnologie, die die Möglichkeiten eines Landes übersteigen können, zur Zusammenarbeit zwingen und die Beziehungen feindlicher Nachbarn friedlicher gestalten. Das gilt für die gemeinsamen Wasserkraftprojekte zwischen Brasilien und Argentinien ebenso wie für das Kooperationsabkommen beider Staaten zur friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 17. Mai 1980. Derartige Fortschritte sind für den Frieden noch wichtiger als die Sicherung, die die Bundesregierung getroffen hat, um den Mißbrauch der Kernenergie als Waffe zu verhindern. In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß Argentinien und Brasilien entschlossen sind, den Vertrag von Tlatelolco über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika zu ratifizieren und unabhängig davon schon jetzt die Zielsetzung dieses Vertrages zu beachten. Es ist bedauerlich, daß Kuba einen solchen Schritt ablehnt und damit die Verantwortung dafür trägt, daß der Vertrag nicht förmlich rechtskräftig werden kann.

Aus der Tatsache der Nuklearkooperation, die die Absicht verfolgt, Kernkraftwerke später selbst errichten zu können, um vom Ankauf schlüsselfertiger Anlagen aus dem Ausland unabhängig zu werden, geht hervor, daß beiden Ländern keine fremdartige Technologie aufge-



zwungen wird. Beide Staaten haben in ihren Kooperationsabkommen betont, sie bräuchten die Kernenergie zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und der Lateinamerikas insgesamt. Für Brasilien, das im "eisernen Dreieck" Sao Paulo, Rio de Janeiro und Belo Horizonte bereits ein Industrieland ist, ebenso wie für Argentinien ist die Kerntechnologie eine "angepasste Technologie". Beide Staaten können nicht undifferenziert in die Gruppe der Entwicklungsländer eingereiht werden, für deren Mehrzahl die Kernenergie sicherlich unbrauchbar ist.

Schließlich ist davor zu warnen, die Problematisierung des Wachstums in den Industrieländern der westlichen Welt, zu deren Reizthema die Kernkraft geworden ist, auf die Dritte Welt zu übertragen. Die Stockholmer Umweltkonferenz der UNO 1972 hat unser neues Umweltbewußtsein als ein "Problem des reichen Mannes" bezeichnet. Umwelt bedeutet für die Entwicklungsländer, wie in der Deklaration deutlich geworden ist, den Wunsch nach - in unserem Sinne - "vordergründiger" quantitativer Verbesserung des Lebensstandards. Umweltprobleme dort sind Unterentwicklung und Armut, mangelhafte Behausung, ungenügende Ernährung, verseuchtes Wasser, fehlende ärztliche Pflege, Plagen, von denen mehr als zwei Milliarden Menschen betroffen sind. Eine Studie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen mit dem Ziel der "Weltstrategie für die Erhaltung der Natur", spricht davon, daß mangels technischer Energiequellen 800 Millionen schwer notleidender Menschen gezwungen sind, solche Naturgüter zu zerstören, die eigentlich notwendig sind, um sie vor dem Verhungern zu retten: So führt zum Beispiel die Brennholzgewinnung zu Bodenerosion, zum Vordringen der Wüsten und zur Entwertung und Zerstörung von Ökosystemen. Dies ist eine Variante unserer eigenen Erfahrung, daß Umweltschutz technische Energie voraussetzt.

"Grün" ist für die Dritte Welt keine Perspektive. Das Bedürfnis der Benachteiligten ist es, den Standard der Privilegierten zu erreichen. Das gilt wie für alle sozialen Konflikte auch für den Nord-Süd-Konflikt. Wir müssen die Tatsache respektieren, daß immer mehr Entwicklungsländer - neben anderen Möglichkeiten - im Bau von Atommeilern einen Ausweg sehen, ihren Energiebedarf zu decken, die Industrialisierung voranzutreiben und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Zu verweisen ist auf die Ergebnisse der UNO-Konferenz über die Nutzung der Kernkraft für friedliche Zwecke 1977 und die jüngste Generalkonferenz der Internationalen Atomenergieorganisation in Neu-Delhi. Auch das erwähnte argentinisch-brasilianische Energieabkommen unterstreicht das Recht aller Länder zur Entwicklung von Nuklearenergie für friedliche Zwecke und der dazu notwendigen Technologie. Mit Recht hat Volker Hauff vor einem "technologischen Kolonialismus" gewarnt, der pauschal den Entwicklungsländern neueste hochkomplexe Technologien vorenthalten will.

Ohne das Hohe Lied der Kernenergie zu singen, dessen ungezügeltten Ausbau die Sozialdemokraten mit Recht nicht wünschen, muß angesichts der Tatsache, daß in den vergangenen vier Jahren in unserem Land auf diesem Feld überhaupt keine Fortschritte erzielt wurden, auch nüchtern und rational diskutiert werden, welche Auswirkungen dies auf die Entwicklungsländer hat. Schließlich sind es die Industrieländer, die den Nachfragesog nach Öl und damit die Verteuerungen auslösen. Sie haben den Löwenanteil am Verbrauch und verursachen damit auch unmittelbar die Energieprobleme der Dritten Welt. Es scheint mir egoistisch und wenig ehrlich zu sein, wenn diese Fragestellung tabuliert würde.

(-/10.6.1980/hi/ks/ca)

+ + +



Weg mit den Grenzkontrollen !

Der freie Urlaubs- und Reiseverkehr innerhalb der EG ist überfällig

Von Horst Seefeld MdB/MdEP

Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament

In einer deutschen Zeitung war dieser Tage zu lesen: "Der Traum von einer westeuropäischen Staatengemeinschaft, ohne Formalitäten und Kontrollen an den Grenzen, spukt immer noch in den Köpfen derjenigen, die sich mit dem zwischenstaatlichen Warenaustausch nicht täglich auseinandersetzen müssen."

Nicht nur beim Warenaustausch, sondern auch beim Grenzübergang von Personen an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft spürt man nach wie vor wenig davon, daß diese Gemeinschaft bereits auch innenpolitisch eine Einheit darstellen könnte. Nach wie vor wird gefragt, ob die grenzüberschreitenden Bürger etwas zu verzollen haben; nach wie vor wird das Vorzeigen des Personalausweises verlangt und nach wie vor stauen sich insbesondere zur Urlaubszeit an den Binnengrenzen der EG Autos in kilometerlangen Schlangen. Dies war in den letzten Jahren so und wird - dafür braucht man kein Prophet zu sein - auch in den kommenden Urlaubsmonaten der Fall sein. Wiederum werden Millionen von EG-Bürgern an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft stehen, warten, Zeit und Energie verschwenden und sich mit Recht fragen, worin der Vorteil dieser Europäischen Gemeinschaft beim Reiseverkehr besteht. Es erscheint unverständlich, daß noch immer nicht die Freizügigkeit beim Reiseverkehr restlos garantiert werden kann. Warum eigentlich nicht?

In jüngster Zeit hörte man immer wieder das Argument, daß aus sicherheitspolitischen Gründen die Kontrollen notwendig sind, um zum Beispiel Terroristen und anderen, von der Polizei gesuchte Personen, unter Kontrolle halten zu können. Dieses Argument scheint mir jedoch nur vordergründig zu sein. Es dient eher dazu, Versäumnisse zu kaschieren. Der Wert der Europäischen Gemeinschaft wird von den Menschen, die in den neun EG-Staaten wohnen, eben nicht nur an der Zahl der Vorschriften und Verordnungen, die aus Brüssel kommen, oder an der Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Harmonisierungsmaßnahmen erkannt und gemessen, sondern im wesentlichen auch daran, ob denn die großen Worte, mit denen die Existenz dieser Gemeinschaft begründet wird, auch in die Tat umgesetzt werden. Die individuelle Freizügigkeit spielt dabei eine wichtige Rolle. Was nutzt die freie Wahl des Arbeitsplatzes in den einzelnen EG-Staaten, wenn die Bürger beim Grenzübertritt nach wie vor Behelligungen ausgesetzt sind?

Irgendwann kommt der europäische Paß. Die mehr als 200 Millionen Bürger in den EG-Staaten werden dann den gleichen Ausweis haben. Doch was nutzt ein gleicher Paß, wenn nach wie vor innerhalb der EG überall Kontrollen und damit Belästigungen stattfinden? Spiegelt dies nicht auch ein Mangel an Vertrauen der "EG-Obrigkeiten" den "mündigen Gemeinschaftsbürgern" gegenüber wider? Welche Vorteile hätte ein EG-Paß? Erleichterungen bei Reisen innerhalb der EG treten nach der jetzigen Situation jedenfalls nicht ein, wenn ein Grenzübergang passiert werden muß. Wozu also das Ganze?

Die Europäische Gemeinschaft braucht von Zeit zu Zeit wichtige Entscheidungen, die die Zusammengehörigkeit der neun EG-Staaten sichtbar machen. Dazu gehört ohne Zweifel, daß für den Bürger unverständliche Formalitäten an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft entfallen. Diejenigen, die in die EG einreisen, können an den Außengrenzen der Gemeinschaft oder bei ihrem ersten Eintritt in die Europäische Gemeinschaft auf den Flughäfen ausreichend kontrolliert werden. Dann aber muß derjenige, der sich bereits innerhalb der Europäischen Gemeinschaft befindet, ohne Beeinträchtigungen von einem EG-Land in das andere reisen können.

Es wäre wünschenswert, wenn die Regierungschefs bei ihrem nächsten Gipfeltreffen sich dieses Thema annehmen und noch im Sommer 1980 für die Bürger ein sichtbares Zeichen setzen würden, nämlich: Weg mit den Grenzkontrollen, zugunsten eines freien Urlaubs- und Reiseverkehrs.

(-/ 10.6.1980/v0-he/ca)



Gegen Terroristen und Kriminelle

Änderungen des Luftverkehrsgesetzes erhöhen die Sicherheit

Von Wolfgang Schmidt MdB

Berichterstatler zur Novelle des Luftverkehrsgesetzes

Mit den Stimmen aller Fraktionen hat der Verkehrsausschuß unlängst den Gesetzentwurf zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes gebilligt. Ziel des Gesetzes ist eine Verbesserung des Schutzes der zivilen Luftfahrt vor terroristischen und kriminellen Anschlägen. Darüber hinaus soll das Luftverkehrsgesetz in einer Reihe anderer Bestimmungen entsprechend der Verwaltungspraxis angepaßt werden. Folgende wesentliche Neuerungen bestimmen seinen Inhalt:

- Die Luftfahrtunternehmen werden allgemein zur Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen gegen kriminelle Anschläge verpflichtet; diese Vorkehrungen müssen in einem Luftsicherheitsplan festgehalten werden, der der Genehmigungsbehörde zur Zulassung vorzulegen ist.
- Auch die Flughafenunternehmen werden zur Mitwirkung bei notwendigen Sicherungsmaßnahmen verpflichtet; auch sie müssen einen Luftsicherheitsplan aufstellen und diesen der Genehmigungsbehörde vorlegen.
- Die Luftfahrtunternehmen und die Flughafenunternehmer werden einer allgemeinen staatlichen Aufsicht unterstellt, durch die fortlaufend die Sicherheit des Luftverkehrs gewährleistet und verbessert werden soll.

Der Regierungsentwurf hatte vorgesehen, daß die Luftfahrtbehörden allgemein dazu befugt sind, Aufgaben der Gefahrenabwehr auf private Stellen zu übertragen oder sich geeigneter privater Personen als Hilfsorgan zu bedienen. Diese Ermächtigung hat der Ausschuß zu Recht gestrichen: Die Abwehr äußerer Gefahren sollte ausschließlich Aufgabe staatlicher Stellen sein. Lediglich bei der Durchsichtung von Personen und Gepäck dürfen wie bisher Privatpersonen als Hilfsorgane der Luftfahrtbehörde eingesetzt werden; diese Hilfskräfte sollten dann jedoch unter behördlicher Aufsicht tätig werden.

Zusätzlich zum Verbot für Fluggäste, in Flugzeugen Waffen, Munition und waffenähnliche Gegenstände mit sich zu führen, werden jetzt die Luftfahrtbehörden auch ermächtigt, Postsendungen zu durchsuchen, zu durchleuchten oder in sonstiger Weise zu überprüfen. Diese Maßnahmen müssen sich allerdings ausschließlich darauf richten, für die Sicherheit des Luftverkehrs gefährliche Gegenstände zu finden. Die Behörden sind nicht befugt, sich darüber hinaus auch Kenntnis von dem Inhalt der Postsendungen zu verschaffen, indem sie etwa Schriftstücke lesen oder ungefährliche Gegenstände näher untersuchen.

Die durch das neue Gesetz entstehenden Mehrkosten werden auf etwa 0,2 Millionen DM pro Jahr geschätzt.

(-/ 10.6.1980/ks/ca)

+ + +



Dokumentation

Die "Siegburger Presse", Zeitung der Jungen Union im größten CDU-Kreisverband der Bundesrepublik, hat sich unlängst mit den Verstrickungen des Unions-Kanzlerkandidaten und seiner Freunde in die Machenschaften der chilenischen Militärdiktatur befaßt. Wir dokumentieren den Text, der sich wie seine Autoren Georg Bauer und Ralf Reudenbach betonen, nicht auf linksextremistische Blätter, sondern die "Washington Post", die "Aachener Kirchenzeitung", den "Münchener Merkur" und das Organ der italienischen Christdemokraten stützt.

Die Freunde von Dignidad

Noch im Sommer dieses Jahres wird eine Kammer des Bonner Landgerichts nach Chile reisen, um vor Ort weitere Untersuchungen gegen das Deutschenlager "Colonia Dignidad" durchzuführen. Das offiziell als "Mustergut" geführte und von einer aus Siegburg emigrierten Sekte gegründete Anwesen steht in dringendem Verdacht, der regierenden Militärjunta als geheimes Folterlager zu dienen. Während sich die von einer internationalen Menschenrechtskommission und der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international erhobenen Vorwürfe durch übereinstimmende Zeugenaussagen und neueste Ermittlungen verdichten, hat sich in der Bundesrepublik ein aus einflußreichen Wirtschaftsleuten, nationalkonservativer Publizisten und rechten Politikern rekrutierter "Freundeskreis" gebildet, der sich für die skandalumwitterte Kolonie mit harter Mark und schönen Worten einsetzen und auch die Dignidad-Kritiker hierzulande zur Brust nehmen will. Gründungsmitglied Gerhard Mertins, internationaler Waffenhändler mit Sitz in Königswinter, freut sich schon: "Wir werden sie zerpfücken!"

Man schrieb das Jahr 1952, als Erich Strohschein angesichts der nach den Kriegswirren oftmals noch raren Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten mit seiner Familie beschloß, in den US-Staat Indiana auszuwandern. Etwa zur selben Zeit reiften in Paul ("Clasauge") Schäfer, einem gescheiterten, etwa dreißigjährigen Jugendpfleger aus dem Elbstädtchen Gartow, die ersten Pläne von einer "Barmherzigen Gesellschaft", die später einmal unter dem Namen "Colonia Dignidad" (Würde) Schlagzeilen machen sollte. Als Strohschein emigrierte, ließ er seine Schwägerin und deren Ehemann, Matilde und Walter Schurgelis, zurück. Die schloßen sich Paul Schäfer an und siedelten während der 50er Jahre nach Siegburg um. 1961 wechselte auch Familie Schurgelis mit ihren fünf Kindern nach Übersee - in die von Schäfer mittlerweile gegründete "Agrarkolonie" Dignidad.

Am 14. Dezember des vergangenen Jahres flog Strohschein von Indiana nach Santiago, und da die Kolonie nicht allzuweit von der Hauptstadt entfernt ist, beschloß er, seine Verwandten zu besuchen, die er nun bereits über zwei Jahrzehnte nicht mehr gesehen hatte. Drei Wochen später verließ er den Andenstaat wieder, mit der Überzeugung freilich, daß sich hinter Dignidad nichts anderes verberge als ein Konzentrationslager, in dem Leute wie die Familie Schurgelis gegen ihren Willen durch Angst, Lügen und Einschüchterungen zurückgehalten werden.

Was war geschehen? In Santiago hatte Strohschein nach seiner Ankunft Kontakt mit dem Dignidad-Hauptquartier aufgenommen. Dort war ihm freilich kurz und bündig erklärt worden, daß es nicht möglich sein würde, die Verwandten im Lager aufzusuchen. Vier Tage später startete der Deutsch-Amerikaner einen Versuch auf eigene Faust und fuhr mit einem Freund zur Kolonie, die sich in der südchilenischen Provinz Linares über ein 60 Quadratkilometer großes Gebiet erstreckt. Vor den verschlossenen Lagertoren wurde ihm erklärt, Walter Schurgelis arbeite in einem nahen Steinbruch wenig außerhalb der Stacheldrahtzone. Strohschein suchte und fand seinen Schwager schließlich, der trotz der extremen Hitze des chilenischen Sommers in einen schweren Mantel gekleidet war. "Bist du es Erich?" klang es Strohschein emotionslos entgegen, "wie hast Du mich gefunden?" Strohschein fragte, ob es nicht möglich sei Matilde und die Kinder zu sehen, nach der Arbeit oder am Sonntag, wann immer es gehe. Die Antwort war "Nein", ohne Erlaubnis des Hauptquartiers in Santiago liefe nichts. Walter Schurgelis drehte sich um und ging zurück zum Steinbruch.



Die Erfahrungen des Erich Strohschein vor den Toren Dignidads sind beileibe kein Einzelfall. Ob harmlose Touristen oder besorgte Verwandte, ob Journalisten oder gar bundesdeutsche Parlamentarier, sie alle machen die Erfahrung, daß wer nicht zum engsten Kreis der Förderer oder Sympathisanten gehört, an den Pforten des Lagers nichts zu melden hat. Statt Einlaß gibt es eher Verhaftung durch Sicherheitskräfte oder die Ausweisung aus dem Land selbst. Der Münchner CSU-Landesleitungsfunktionär Wolfgang Vogelgesang findet das normal. Und die Begründung folgt in rechtem Western-Stil: "Sie waren mit feindlichen Absichten gekommen, warum sollte man sie einlassen?" Vogelgesang weiß da schon von anderen Empfangszeremonien zu berichten, solchen, die man Leuten seinesgleichen ange-delhen läßt: "Eine freundliche Schwester empfing uns, ein herzlicher Willkomm wie wir, meine Frau und ich, ihn uns nicht vorgestellt hätten." Freilich hatte der stramme CSU-Mann alles anders als "feindliche Absichten". Vogelgesang ist Mitglied des "Freundeskreises Dignidad", einem rechtslastigen Zusammenschluß von "Über 100 Persönlichkeiten" (Mertins), der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Finanzen und Ansehen des ominösen Andenlagers gesundzubeten.

Bundesdeutsches Standbein der Kolonie war bislang lediglich die Siegburger Private Soziale Mission gewesen, die bis zur Emigration des größten Teils ihrer Mitglieder nach Chile in Heide ein sogenanntes "Jugendheim" geführt hatte. Ihr Leiter, Paul ("Glasauge") Schäfer, war damals vor der Polizei untergetaucht, die ihn mit Haftbefehl wegen Unzucht mit Minderjährigen suchte. Von ihrem "Mutterhaus" in der Michaelstraße aus hatten dann die verbliebenen Mitglieder der Gruppe unter Leitung des Ex-Baptistenpredigers Hugo Baar das Lager in Übersee finanziell unterstützt. Als Erwerbsquellen dienten mehrere Siegburger Geschäfte, so die ehemalige Phrix-Kantine und ein heute noch betriebener Lebensmittel-laden in der Mühlenstraße. Mittlerweile ist die Private Soziale Mission verzogen, in einen schmucken Neubau in Hennef-Altenbödingen, "Dicke Hecke" 23. Gemeldet mit erstem Wohnsitz in dort übrigens auch noch Jürgen Blanck, der seit Jahren schon als einer der verantwortlichen Leiter in Chile tätig ist, und sich zu den einzelnen Prozeßterminen seiner Kolonie vor dem Landgericht jeweils extra nach Bonn jetten läßt. In diplomatischen Kreisen Santiagos herrscht bislang Rätselraten über die Hintermänner der Mission, die, so zitiert die "Washington Post" "einen Beamten Millionen von Dollars in all den Jahren ins Lager hat fließen lassen". Auch weiterhin, so das amerikanische Weltblatt, werde mit einer "Gruppe von Partnern" Geld für Chile aufgetrieben.

Mikrofone versteckt

Unterstützung haben die Chefs der Sekten-Siedler ("Der Impuls unserer Bemühungen liegt hinter schweigendem Entsetzen und stummer Verzweiflung") zumindest für ihr international reichlich ramponiertes Ansehen bitter nötig. Zwar ist die Kolonie mit der Zeit ein ernstzunehmender Wirtschaftsfaktor im Andenstaat geworden. So besitzt man ein Monopol für Schottersteine und liefert an den Straßenbau. Die weitgestreckte Agrarkolonie, im Osten gegen Argentinien durch die hohen Bergzüge der Kordilleren begrenzt, verfügt über einen eigenen Flugplatz und ein 80-Betten-Hospital. Es gewährt den armen chilenischen Bauern der Umgegend kostenlose medizinische Betreuung und erfreut sich dort dementsprechend eines hohen Ansehens. Doch werden die Bauern mit ihren Familien nur zu streng festgesetzten Zeiten ins Lager gelassen und auf Schritt und Tritt begleitet. Ein Chilene verbrachte drei Nächte im Krankenhaus und berichtete anschließend von in den Zimmern versteckten Mikrofonen. Das sei nur zu seinem Besten, habe man ihn beruhigt. Auch ihm war jeder spontane Kontakt zu Lagerinsassen verboten. "Streng auf Geheimhaltung bedacht und bemerkenswert erfolgreich in der Vermeidung offizieller Untersuchungen" ("Washington Post"), bietet die Kolonie denn auch ein Bild vom Staat im Staate. So leben aus angeblich erzieherischen Gründen Kinder von ihren Eltern und selbst diese oftmals untereinander getrennt.

Sexuelles Sexualleben, Trinken, Rauchen oder Kontakt zu außerhalb lebenden Verwandten ist strengstens verboten, berichtet die "Washington Post" weiter. Als sich ihr Lateinamerika-Korrespondent Charles Krause vor den Toren Dignidads wunderte, "warum man sie nicht öffnet um die Anschuldigungen zu widerlegen, statt sich mehr und mehr abzuriegeln", wurde er von Sicherheitsbeamten, die nach eigenem Bekunden "auf Anweisung Santiagos" handelten, mit Verhaftung bedroht und verjagt, sein Filmmaterial beschlagnahmt.



Bei der kulturellen, sozialen und geographischen Abgeschlossenheit erfreut sich Dignidad der engen Verbundenheit zu einflußreichen und standesbewußten Kreisen ehemaliger deutscher Auswanderer sowie zum Terrorregime des Junta-Chefs Ugarte Pinochet, der in schriftlichen Abhandlungen zuweilen seine faschistische Gesinnung offen durchblicken läßt. So nimmt es nicht Wunder, daß auf Chiles extremer Rechten mitunter das Wort von "unseren Freunden in Dignidad" die Runde macht. Mehr als ungewöhnlich ist es denn auch, daß Dignidad heute über ein eigenes Funksystem verfügt, in Santiago ein mit elektronischen Kommunikationsmedien gefülltes Haus, das mit hohen Mauern umgeben ist, unterhält und überdies über einen öffentlichen nicht registrierten, geheimen Telefonanschluß verfügt. Erstaunliche Freiheiten für ein Land unter totalitärer Herrschaft.

Dies freilich wie die Tatsache, daß die von amnesty erhobenen Folttervorwürfe inzwischen glaubhaft und übereinstimmend sowohl von ehemaligen Häftlingen wie einem desertierten chilenischen Geheimdienstagenten bestätigt worden sind (siehe Siegburger Presse, Heft 1-2/80: "Den Professor wiedererkannt") stört die bundesdeutschen Freunde und Förderer nicht im geringsten. "Vorbildlich und erfolgreich" nimmt sich Dignidad nach Ansicht des CSU-nahen Organs "Deutschlandmagazin" aus. Franz Josef Straußens "Bayernkurier" erblickte im Lager eine "wohltätige Körperschaft, Sauberkeit, Ordnung. Und viel Liebe und Mütterlichkeit".

Kurt Ziesel, rechter Schreibtischrecke, und bayerischer CSU-Hofpublizist, kanzelt alle anderen Stimmen erbost als "Verleumdung" ab. Das seiner Ansicht nach "überhaupt nicht abgesicherte und von allen Seiten zugängliche" Lager hinterließ in dem Besitzer des skandalgebeutelten Waffenhandelsfirma "Merex", Gerhard Mertins, ebenso einen "hervorragenden Eindruck" wie bei ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal. Vertreter der bayerischen Landesregierung wie der CSU-eigene Hanns-Seidel-Auslandsstiftung erfreuten die Kolonie mit ihrer geschätzten Aufwartung. Sie berufen sich bei ihrer positiven Beurteilung von Dignidad nicht zuletzt auf die Besuche des Ex-Botschafters Erich Strätling im Lager. Der hatte sich nach den ersten Folttervorwürfen durch den plötzlich wieder aufgetauchten Paul ("Clasauge") Schäfer durchs Lager führen lassen und verkündet, er habe nichts Verdächtiges entdecken können. Freilich, gehört nach vorliegenden Informationen Strätling, Kreuzer Gefolgsmann des CSU-Chefs Strauß, wie auch Löwenthal selbst zum Freundeskreis...

"Denken wie Strauß"

Die Sympathiekundgebungen für Dignidad und zugleich für die regierende Militärjunta (Mertins: "Ehrenwerte Leute") haben hierzulande durchaus Tradition. Seit der zwar marxistische, aber demokratisch gewählte Staatspräsident Allende ermordet und Chile unter eine blutige Militärdiktatur gezwungen wurde, haben gewisse bundesdeutsche Kreise keine Gelegenheit ausgelassen, beschönigende Worte für die Junta zu finden. Zwar führt die hartbedrängte katholische Kirche in Chile offen Klage gegen die herrschenden Militärs, ist auch in der "Aachener Kirchenzeitung" von "Niederschmetternden Erfahrungen" und seiner Situation, in der "es sehr wenige reiche Leute gibt, und sehr viele, die nicht genug zu essen haben und deren Kinder vor Hunger sterben", die Rede. Zwar gibt es Aussagen eines chilenischen Bischofs im ZDF, nach der selbst Kinder von der Junta gefoltert werden, um Geständnisse der Eltern zu erpressen (Textprobe aus der Schilderung einer Mutter: "Sie entkleideten meine kleine Tochter und prügelten sie mit einem Ledergürte. Sie tauchten sie in ein Faß mit Eiswasser, bis sie fast ertrank. Sie drohten sie zu vergewaltigen und prügelten sie erneut"), doch wischen führende CSU-Abgeordnete eifrig und mit unschöner Regelmäßigkeit alle Vorwürfe vom Tisch. Selbst Helmut Kohl mußte sich Vorwürfe seiner rechten Fraktionsgenossen anhören, als er bei Pinochet dezent gegen die Verhaftungen von Christdemokraten protestieren wollte, "Marxistische Terminologie" und "DDR-Jargon" wollten daraufhin die Chile-Freunde in den Worten des einsamen Oppositionsführers entdeckt haben.

Allen voran marschiert freilich seit eh und je der Münchner Kanzlerschaftserhoffer Strauß, wenn es gilt, den chilenischen Staatsterror salonfähig zu machen. So ließ sich der Ober-Bayer im Jahre 1977 von Diktator Pinochet, der erklärtermaßen der Ansicht ist, die Demokratie müsse "ab und zu in Blut gebadet" werden, freundlich bewirten und spielte die Greuelthaten der Soldaten huldvoll herab: "Wenn Militärs eingreifen, ist es



eben etwas anderes, als wenn der Franziskaner-Orden Suppe verteilt!" Solche Art von nicht gerade gewissenszarter Außenpolitik brachte den Bayernfürsten einmal mehr in internationalen Verruf. Die Christdemokraten Italiens warfen Strauß damals in ihrem Parteiorgan "Übles Handeln" und "Verfälschung" vor, andere Stimmen sprachen von einem "Schlag ins Gesicht der Demokraten".

Daß bei den engen Chile-Kontakten letztendlich die Glaubwürdigkeit der gesamten Christenunion in Menschenrechtsfragen schlicht vor die Hunde gehen muß, scheint die Verantwortlichen nicht sonderlich zu belasten. Was alleine zählt, verriet CSU-Funktionär Vogelgesang einmal bei einem seiner emsigen Dignidad-Trips: "Hier denken alle wie Strauß?"

Weiche Mittel den hartnäckigen Siedlungs-Sympathisanten mitunter recht sind, mag der folgende Fall verdeutlichen. Da hatte der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, Informationen an die Presse gereicht, wonach der immer noch weltweit gesuchte ehemalige KZ-Arzt des Lagers Auschwitz, Josef Mengele, in Dignidad verborgen gehalten werde. Flugs deutete Wolfgang Vogelgesang an, diese "Tatarenmeldung" stamme wohl von Helmut Frenz. Der ist Generalsekretär von amnesty international und wegen seines humanitären Einsatzes als ehemaliger Bischof von Chile für verfolgte Opfer der Militärregierung den Dignidad-Freunden schon lange ein Dorn im Auge. Wiesenthal selbst, so Vogelgesang, habe versichert, Mengele sei nicht in Chile und habe für Dignidad sogar sein "Verständnis" ausgedrückt. "Gar nichts habe ich", dementierte Wiesenthal, von US-Präsident Jimmy Carter und dessen Vorgänger Gerald Ford vor Wochen noch zum Ehrenpreis für seinen Kampf gegen den Totalitarismus beglückwünscht. Unserer Redaktion gegenüber bezeichnete Wiesenthal, durch die Entdeckung des Juden-Vernichters Adolf Eichmann weltweit berühmt, die Vogelgesangstory als "Falschinterpretation". Ihm lägen vielmehr neue Informationen vor, die ebenfalls bestätigen, daß der wegen seiner fürchterlichen Menschenversuche als "Engel des Todes" berüchtigte Mengele sich hinter Dignidads Mauern verberge. Als wir Vogelgesang persönlich zu den Vorgängen in Chile befragen wollten, erklärte der uns nur knapp: "Für wie einfältig halten Sie mich?" (-/ 10.6.1980/hj/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

